

Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen, einschliesslich Diplomaten

Abgeschlossen in New York am 14. Dezember 1973

Von der Bundesversammlung genehmigt am 29. November 1984¹

Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 5. März 1985

In Kraft getreten für die Schweiz am 4. April 1985

(Stand am 1. März 2019)

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens,

in Anbetracht der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen² betreffend die Wahrung des Weltfriedens und die Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten,

in der Erwägung, dass Straftaten gegen Diplomaten und andere völkerrechtlich geschützte Personen, die deren Sicherheit gefährden, die Aufrechterhaltung normaler, für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten notwendiger internationaler Beziehungen ernstlich bedrohen,

in dem Bewusstsein, dass die Begehung solcher Straftaten der Völkergemeinschaft Anlass zu ernster Besorgnis gibt,

überzeugt, dass es dringend notwendig ist, geeignete und wirksame Massnahmen zur Verhütung, Verfolgung und Bestrafung solcher Straftaten zu ergreifen,

haben folgendes vereinbart:

Art. 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet der Ausdruck «völkerrechtlich geschützte Person»

- a) ein Staatsoberhaupt, einschliesslich eines jeden Mitglieds eines Kollegialorgans, das nach der Verfassung des betreffenden Staates die Aufgaben eines Staatsoberhauptes wahrnimmt, einen Regierungschef oder einen Aussenminister, wenn sie sich in einem fremden Staat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienmitglieder;
- b) jeden Vertreter oder jede Amtsperson eines Staates oder jeden Beamten oder sonstigen Beauftragten einer zwischenstaatlichen Organisation, die zu der Zeit und an dem Ort der Begehung der gegen sie, ihre Diensträume, ihre

AS 1985 439; BBl 1984 I 629

¹ AS 1985 438

² SR 0.120

Privatwohnung oder ihre Beförderungsmittel gerichteten Straftat nach dem Völkerrecht Anspruch auf besonderen Schutz gegen jeden Angriff auf ihre Person, Freiheit oder Würde haben, sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder;

2. bezeichnet der Ausdruck «Verdächtiger» eine Person, gegen die ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie eine oder mehrere der in Artikel 2 genannten Straftaten begangen hat oder daran beteiligt war.

Art. 2

1. Die vorsätzliche Begehung

- a) einer Tötung, einer Entführung oder eines sonstigen Angriffs auf die Person oder Freiheit einer völkerrechtlich geschützten Person;
- b) eines gewaltsamen Angriffs auf die Diensträume, die Privatwohnung oder die Beförderungsmittel einer völkerrechtlich geschützten Person, der geeignet ist, deren Person oder Freiheit zu gefährden;
- c) einer Bedrohung mit einem solchen Angriff;
- d) eines Versuches eines solchen Angriffs und
- e) einer Teilnahmehandlung an einem solchen Angriff wird von jedem Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht mit Strafe bedroht.

2. Jeder Vertragsstaat bedroht diese Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

3. Die Absätze 1 und 2 berühren nicht die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten, alle geeigneten Massnahmen zu treffen, um sonstige Angriffe auf die Person, Freiheit oder Würde einer völkerrechtlich geschützten Person zu verhindern.

Art. 3

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten in folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen wird;
- b) wenn der Verdächtige Angehöriger dieses Staates ist;
- c) wenn die Straftat gegen eine in Artikel 1 bezeichnete völkerrechtlich geschützte Person begangen wird, die ihre Rechtsstellung als solche auf Grund von Aufgaben genießt, die sie für diesen Staat wahrnimmt.

2. Ebenso trifft jeder Vertragsstaat die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über diese Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht nach Artikel 8 an einen der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Staaten ausliefert.

3. Dieses Übereinkommen schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in Artikel 2 genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

- a) alle durchführbaren Massnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder ausserhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern;
- b) Informationen austauschen sowie Verwaltungs- und andere Massnahmen miteinander abstimmen, die geeignet sind, die Begehung dieser Straftaten zu verhindern.

Art. 5

1. Der Vertragsstaat, in dem eine der in Artikel 2 genannten Straftaten begangen wurde und der Grund zu der Annahme hat, dass ein Verdächtiger aus seinem Hoheitsgebiet geflohen ist, übermittelt allen anderen in Betracht kommenden Staaten unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen alle sachdienlichen Angaben über die begangene Straftat und alle verfügbaren Informationen, welche die Identität des Verdächtigen betreffen.

2. Ist eine der in Artikel 2 genannten Straftaten gegen eine völkerrechtlich geschützte Person begangen worden, so bemüht sich jeder Vertragsstaat, der Informationen über das Opfer und die Umstände der Straftat besitzt, diese Informationen unter den in seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen in vollem Umfang sofort dem Vertragsstaat zu übermitteln, für den die betreffende Person ihre Aufgaben wahrgenommen hat.

Art. 6

1. Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so trifft er nach seinem innerstaatlichen Recht die geeigneten Massnahmen, um die Anwesenheit des Verdächtigen zum Zweck der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen. Diese Massnahmen sind unverzüglich, unmittelbar, oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren:

- a) dem Staat, in dem die Straftat begangen wurde;
- b) dem oder den Staaten, deren Angehöriger der Verdächtige ist, oder, wenn er Staatenloser ist, in deren Hoheitsgebiet er seinen ständigen Aufenthalt hat;
- c) dem oder den Staaten, deren Angehörige die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist oder für die ihre Aufgaben wahrgenommen hat;
- d) allen anderen in Betracht kommenden Staaten und
- e) der zwischenstaatlichen Organisation, deren Beamter oder sonstiger Beauftragter die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist.

2. Jeder, gegen den die in Absatz 1 bezeichneten Massnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Angehöriger er ist, der sonst zur Wahrung seiner Rechte befugt ist oder der, wenn der Betreffende staatenlos ist, auf seine Bitte zur Wahrung seiner Rechte bereit ist, in Verbindung zu treten und
- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen.

Art. 7

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, hat, wenn er ihn nicht ausliefert, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und ohne unangemessene Verzögerung seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten.

Art. 8

1. Soweit die in Artikel 2 genannten Straftaten nicht als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen von einem zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag erfasst werden, gelten sie als in diesen Vertrag aufgenommen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen in jeden künftig zwischen ihnen zu schliessenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

2. Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er, wenn er sich für die Auslieferung entscheidet, dieses Übereinkommen in Bezug auf diese Straftaten als Rechtsgrundlage für die Auslieferung ansehen. Die Auslieferung unterliegt dem Verfahrensrecht und den übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

3. Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen vorbehaltlich des Verfahrensrechts und der übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

4. Diese Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferungen zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 3 Absatz 1 zu begründen.

Art. 9

Jedem, gegen den ein Verfahren wegen einer der in Artikel 2 genannten Straftaten durchgeführt wird, ist während des gesamten Verfahrens eine gerechte Behandlung zu gewährleisten.

Art. 10

1. Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Verfahren, die in Bezug auf die in Artikel 2 genannten Straftaten eingelei-

tet werden, einschliesslich der Überlassung aller ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

2. Absatz 1 lässt Verpflichtungen über die gegenseitige Rechtshilfe unberührt, die in anderen Verträgen enthalten sind.

Art. 11

Der Vertragsstaat, in dem ein Verdächtiger strafrechtlich verfolgt wird, teilt den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit; dieser unterrichtet die anderen Vertragsstaaten.

Art. 12

Dieses Übereinkommen lässt die Anwendung der im Zeitpunkt seiner Annahme geltenden Asylverträge zwischen den Vertragsstaaten dieser Verträge unberührt; jedoch kann sich ein Vertragsstaat dieses Übereinkommens gegenüber einem anderen Vertragsstaat, der nicht Vertragspartei jener Verträge ist, nicht auf diese berufen.

Art. 13

1. Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

2. Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation des Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erklären, dass er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

3. Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Art. 14

Dieses Übereinkommen liegt bis zum 31. Dezember 1974 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

Art. 15

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. 16

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. 17

1. Dieses Übereinkommen tritt am dreissigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt es am dreissigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Art. 18

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

2. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Art. 19

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten unter anderem

- a) über Unterzeichnungen dieses Übereinkommens, über die Hinterlegung von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach den Artikeln 14, 15 und 16 und über Notifikationen nach Artikel 18;
- b) über den Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen nach Artikel 17 in Kraft tritt.

Art. 20

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen, das am 14. Dezember 1973 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 1. März 2019³

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Afghanistan	24. September 2003 B	24. Oktober 2003
Ägypten	25. Juni 1986 B	25. Juli 1986
Albanien	22. Januar 2002 B	21. Februar 2002
Algerien*	7. November 2000 B	7. Dezember 2000
Andorra*	23. September 2004 B	23. Oktober 2004
Antigua und Barbuda	19. Juli 1993 B	18. August 1993
Äquatorialguinea	7. Februar 2003 B	9. März 2003
Argentinien*	18. März 1982 B	17. April 1982
Armenien	18. Mai 1994 B	17. Juni 1994
Aserbaidshan	2. April 2001 B	2. Mai 2001
Äthiopien*	16. April 2003 B	16. Mai 2003
Australien	20. Juni 1977	20. Juli 1977
Bahamas	22. Juli 1986 B	21. August 1986
Bahrain	16. September 2005 B	16. Oktober 2005
Bangladesch	20. Mai 2005 B	19. Juni 2005
Barbados	26. Oktober 1979 B	25. November 1979
Belarus*	5. Februar 1976	20. Februar 1977
Belgien	19. Mai 2004 B	18. Juni 2004
Belize	14. November 2001 B	14. Dezember 2001
Benin	31. Juli 2003 B	30. August 2003
Bhutan	16. Januar 1989 B	15. Februar 1989
Bolivien	22. Januar 2002 B	21. Februar 2002
Bosnien und Herzegowina	1. September 1993 N	6. März 1992
Botsuana	25. Oktober 2000 B	24. November 2000
Brasilien*	7. Juni 1999 B	7. Juli 1999
Brunei	13. November 1997 B	13. Dezember 1997
Bulgarien	18. Juli 1974	20. Februar 1977
Burkina Faso	1. Oktober 2003 B	31. Oktober 2003
Burundi*	17. Dezember 1980 B	16. Januar 1981
Chile	21. Januar 1977 B	20. Februar 1977
China*	5. August 1987 B	4. September 1987
Hongkong	6. Juni 1997	1. Juli 1997
Macau	13. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Costa Rica	2. November 1977 B	2. Dezember 1977
Côte d'Ivoire	13. März 2002 B	12. April 2002
Dänemark	1. Juli 1975	20. Februar 1977

³ AS 1985 439, 1986 512, 1987 772, 1988 2076, 1990 1154, 2004 2985, 2005 4993, 2006 4205, 2008 621, 2009 3871, 2012 4205, 2015 683, 2019 947.
Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Deutschland* **	25. Januar	1977	24. Februar	1977
Dominica	24. September	2004 B	24. Oktober	2004
Dominikanische Republik	8. Juli	1977 B	7. August	1977
Dschibuti	1. Juni	2004 B	1. Juli	2004
Ecuador	12. März	1975	20. Februar	1977
El Salvador*	8. August	1980 B	7. September	1980
Estland	21. Oktober	1991 B	20. November	1991
Eswatini	4. April	2003 B	4. Mai	2003
Fidschi	15. Mai	2008 B	14. Juni	2008
Finnland*	31. Oktober	1978	30. November	1978
Frankreich*	26. August	2003 B	25. September	2003
Gabun	14. Oktober	1981 B	13. November	1981
Georgien	18. Februar	2004 B	19. März	2004
Ghana*	25. April	1975 B	20. Februar	1977
Grenada	13. Dezember	2001 B	12. Januar	2002
Griechenland	3. Juli	1984 B	2. August	1984
Guatemala	18. Januar	1983	17. Februar	1983
Guinea	22. Dezember	2004 B	21. Januar	2005
Guinea-Bissau	6. August	2008 B	5. September	2008
Guyana	12. September	2007 B	12. Oktober	2007
Haiti	25. August	1980 B	24. September	1980
Heiliger Stuhl*	26. September	2012 B	26. Oktober	2012
Honduras	29. Januar	2003 B	28. Februar	2003
Indien*	11. April	1978 B	11. Mai	1978
Irak*	28. Februar	1978 B	30. März	1978
Iran	12. Juli	1978 B	11. August	1978
Irland	30. Juni	2005 B	30. Juli	2005
Island	2. August	1977	1. September	1977
Israel* **	31. Juli	1980 B	30. August	1980
Italien**	30. August	1985	29. September	1985
Jamaika*	21. September	1978 B	21. Oktober	1978
Japan	8. Juni	1987 B	8. Juli	1987
Jemen (Aden)*	9. Februar	1987 B	11. März	1987
Jordanien	18. Dezember	1984 B	17. Januar	1985
Kambodscha	27. Juli	2006 B	26. August	2006
Kamerun	8. Juni	1992 B	8. Juli	1992
Kanada*	4. August	1976	20. Februar	1977
Kap Verde	10. September	2002 B	10. Oktober	2002
Kasachstan	21. Februar	1996 B	22. März	1996
Katar	3. März	1997 B	2. April	1997
Kenia	16. November	2001 B	16. Dezember	2001
Kirgisistan	2. Oktober	2003 B	1. November	2003
Kiribati	15. September	2005 B	15. Oktober	2005
Kolumbien*	16. Januar	1996 B	15. Februar	1996

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Komoren	25. September 2003 B	25. Oktober 2003
Kongo (Kinshasa)*	25. Juli 1977 B	24. August 1977
Korea (Nord-)*	1. Dezember 1982 B	31. Dezember 1982
Korea (Süd-)	25. Mai 1983 B	24. Juni 1983
Kroatien	12. Oktober 1992 N	8. Oktober 1991
Kuba*	10. Juni 1998 B	10. Juli 1998
Kuwait	1. März 1989 B	31. März 1989
Laos*	22. August 2002 B	21. September 2002
Lesotho	6. November 2009 B	6. Dezember 2009
Lettland	14. April 1992 B	14. Mai 1992
Libanon	3. Juni 1997 B	3. Juli 1997
Liberia	30. September 1975 B	20. Februar 1977
Libyen	25. September 2000 B	25. Oktober 2000
Liechtenstein*	28. November 1994 B	28. Dezember 1994
Litauen*	23. Oktober 2002 B	22. November 2002
Luxemburg*	10. Mai 2006 B	9. Juni 2006
Madagaskar	24. September 2003 B	24. Oktober 2003
Malawi*	14. März 1977 B	13. April 1977
Malaysia*	24. September 2003 B	24. Oktober 2003
Malediven	21. August 1990 B	20. September 1990
Mali	12. April 2002 B	12. Mai 2002
Malta	11. November 2001 B	11. Dezember 2001
Marokko	9. Januar 2002 B	8. Februar 2002
Marshallinseln	27. Januar 2003 B	26. Februar 2003
Mauretanien	9. Februar 1998 B	11. März 1998
Mauritius*	24. September 2003 B	24. Oktober 2003
Mexiko	22. April 1980 B	22. Mai 1980
Mikronesien	6. Juli 2004 B	5. August 2004
Moldau	8. September 1997 B	8. Oktober 1997
Monaco	27. November 2002 B	27. Dezember 2002
Mongolei*	8. August 1975	20. Februar 1977
Montenegro	23. Oktober 2006 N	3. Juni 2006
Mosambik*	14. Januar 2003 B	13. Februar 2003
Myanmar*	4. Juni 2004 B	4. Juli 2004
Namibia	2. September 2016 B	2. Oktober 2016
Nauru	2. August 2005 B	1. September 2005
Nepal	9. März 1990 B	8. April 1990
Neuseeland*	12. November 1985 B	12. Dezember 1985
Cook-Inseln	12. November 1985 B	12. Dezember 1985
Nicaragua	10. März 1975	20. Februar 1977
Niederlande* ** a	6. Dezember 1988 B	5. Januar 1989
Aruba	6. Dezember 1988 B	5. Januar 1989
Curaçao	6. Dezember 1988 B	5. Januar 1989

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	6. Dezember 1988 B	5. Januar 1989
Sint Maarten	6. Dezember 1988 B	5. Januar 1989
Niger	17. Juni 1985 B	17. Juli 1985
Nigeria	25. September 2012 B	25. Oktober 2012
Niue	22. Juni 2009 B	22. Juli 2009
Nordmazedonien	12. März 1998 N	17. November 1991
Norwegen	28. April 1980	28. Mai 1980
Oman	22. März 1988 B	21. April 1988
Österreich	3. August 1977 B	2. September 1977
Pakistan*	29. März 1976 B	20. Februar 1977
Palästina	2. Januar 2015 B	1. Februar 2015
Palau	14. November 2001 B	14. Dezember 2001
Panama	17. Juni 1980 B	17. Juli 1980
Papua-Neuguinea	30. September 2003 B	30. Oktober 2003
Paraguay	24. November 1975	20. Februar 1977
Peru*	25. April 1978 B	25. Mai 1978
Philippinen	26. November 1976 B	20. Februar 1977
Polen	14. Dezember 1982	13. Januar 1983
Portugal*	11. September 1995 B	11. Oktober 1995
Ruanda	29. November 1977	29. Dezember 1977
Rumänien	15. August 1978	14. September 1978
Russland	15. Januar 1976	20. Februar 1977
Sambia	17. Oktober 2016 B	16. November 2016
San Marino	16. Dezember 2014 B	15. Januar 2015
São Tomé und Príncipe	12. April 2006 B	12. Mai 2006
Saudi-Arabien*	1. März 2004 B	31. März 2004
Schweden	1. Juli 1975	20. Februar 1977
Schweiz*	5. März 1985 B	4. April 1985
Senegal	7. April 2006 B	7. Mai 2006
Serbien	12. März 2001 N	27. April 1992
Seychellen	29. Mai 1980 B	28. Juni 1980
Sierra Leone	26. September 2003 B	26. Oktober 2003
Singapur*	2. Mai 2008 B	1. Juni 2008
Slowakei	28. Mai 1993 N	1. Januar 1993
Slowenien	6. Juli 1992 N	25. Juni 1991
Spanien	8. August 1985 B	7. September 1985
Sri Lanka	27. Februar 1991 B	29. März 1991
St. Kitts und Nevis	28. Juli 2008 B	27. August 2008
St. Lucia*	12. November 2012 B	12. Dezember 2012
St. Vincent und die Grenadinen*	12. September 2000 B	12. Oktober 2000
Südafrika	23. September 2003 B	23. Oktober 2003
Sudan	10. Oktober 1994 B	9. November 1994
Syrien*	25. April 1988 B	25. Mai 1988

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Tadschikistan	19. Oktober	2001 B	18. November	2001
Thailand*	23. Februar	2007 B	25. März	2007
Togo	30. Dezember	1980 B	29. Januar	1981
Tonga	9. Dezember	2002 B	8. Januar	2003
Trinidad und Tobago*	15. Juni	1979 B	15. Juli	1979
Tschechische Republik	22. Februar	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien*	21. Januar	1977	20. Februar	1977
Türkei	11. Juni	1981 B	11. Juli	1981
Turkmenistan	25. Juni	1999 B	25. Juli	1999
Uganda	5. November	2003 B	5. Dezember	2003
Ukraine*	20. Januar	1976	20. Februar	1977
Ungarn	26. März	1975	20. Februar	1977
Uruguay	13. Juni	1978 B	13. Juli	1978
Usbekistan	19. Januar	1998 B	18. Februar	1998
Venezuela*	19. April	2005 B	19. Mai	2005
Vereinigte Arabische Emirate	25. Februar	2003 B	27. März	2003
Vereinigte Staaten*	26. Oktober	1976	20. Februar	1977
Vereinigtes Königreich**	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Akrotiri und Dhekelia	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Anguilla	16. November	1989	26. März	1987
Bermudas	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Britische Jungferninseln	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Britisches Antarktis-Territorium	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Britisches Territorium im Indischen Ozean	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Falkland-Inseln und abhängige Gebiete (Südgeorgien und Südliche Sandwich-Inseln)	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Gibraltar	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Guernsey	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Insel Man	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Jersey	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Kaimaninseln	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Montserrat	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Pitcairn-Inseln (Ducie, Oeno, Henderson und Pitcairn)	2. Mai	1979	1. Juni	1979
St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha)	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Turks- und Caicosinseln	2. Mai	1979	1. Juni	1979
Vietnam*	2. Mai	2002 B	1. Juni	2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Zentralafrikanische Republik	19. Februar	2008 B	20. März	2008
Zypern	24. Dezember	1975 B	20. Februar	1977

* Vorbehalte und Erklärungen.

** Einwendungen.

Die Vorbehalte, Erklärungen und Einwendungen werden in der AS nicht veröffentlicht, mit Ausnahme der Erklärung der Schweiz. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Vereinten Nationen: <http://treaties.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern bezogen werden.

^a Für das Königreich in Europa.

Erklärung

Schweiz⁴

Der Schweizerische Bundesrat interpretiert die Artikel 4 und 5 Absatz 1 des Übereinkommens dahingehend, dass die Schweiz die in den betreffenden Bestimmungen enthaltenen Verpflichtungen in dem vom Landesrecht gesetzten Rahmen erfüllt.

⁴ Art. 1 Abs. 1 des BB vom 29. Nov. 1984 (AS **1985** 438)